

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Gesundheitspolitik

Nr. 417/07 vom 22. November 2007

Frauke Tengler zu TOP 32: Wir brauchen kein neues Bündnis

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

„Fünf Jahre Psychoterror, Sorgen, Hoffnung, enttäuschte Hoffnung, Frust, manchmal Todesangst sind einfach genug“, so die Mutter einer magersüchtigen 17-jährigen bei der Einweisung in eine Privatklinik in Bredstedt.

Die Belastung von Familien, in denen Kinder mit Essstörungen leben, ist ungeheuer hoch. Die essgestörten Kinder belasten das Familienleben und die Entwicklung der Geschwisterkinder und sie gefährden permanent ihr eigenes Leben.

Ich danke dem Ministerium für den am 30. April 2007 vorgelegten informativen Bericht zum Thema „Essstörungen“. Wir erfahren etwas über mögliche Ursachen, die verschiedenen Formen der Störung und ihrer Charakteristik, die Häufigkeit des Vorkommens, therapeutische Angebote und der Bewertung sowie der Prävention. Ich bin dankbar, dass auch Schwachstellen benannt und Handlungsansätze für eine Verbesserung aufgezeigt werden.

In Gesprächen mit betroffenen Kranken und deren Eltern über die Sinnhaftigkeit eines zu gründenden Bündnisses gegen Essstörungen, wurde wiederholt gesagt: „Wir brauchten, nach der Diagnose, nur eines und das ist ein abgestufter Behandlungsweg. Was passiert wo, wer kann bei diesem Krankheitsbild helfen.“ Betroffene und deren Eltern fühlten sich allein gelassen, verunsichert auch durch den feststellenden Hausarzt, der auch nicht sicher sagen konnte, was muss konkret jetzt wo geschehen.

Der Bericht erkennt dieses und sagt auf Seite 16 unter Punkt 8, dass die Hilfen für Menschen mit Essstörungen vielfältig und gemeindenah organisiert sind. Allerdings sollen Gespräche mit den behandelnden Institutionen u. a. zur Verbesserung der Information hinsichtlich der Versorgungssituation zur ambulanten Psychotherapie aufgenommen werden. Weiter regt der Bericht an, regional bezogen, im Sinne eines Netzwerkes, ein Informationsaustausch über angebotene Hilfen, Konzepte und Arbeitsweisen unter der Moderation des öffentlichen Gesundheitsdienstes stattfinden zu lassen.

Weiter soll überprüft werden, ob vorhandene Beratungsstellen für Menschen mit Essstörungen bedarfsgerecht vorhanden sind. Das begrüßt meine Fraktion genauso wie die Aussage, keine eigenen Beratungsstellen für Essstörungen aufzubauen.

Positiv hervorzuheben ist das Netzwerk Ernährung, das im Februar 2002 vom MSGF und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. gegründet wurde. Ziel der geförderten und begleitenden Programme ist, die Einführung und Stabilisierung eines gesunden Ess- und Bewegungsverhaltens. Die Angebote richten sich an die Altersgruppe von 3 bis 15 Jahren.

Die LSSH beschäftigt sich seit Jahren fundiert mit den zwanghaften Störungen = Suchtverhalten = Essstörungen, erarbeitet und führt präventive Maßnahmen z.B. „Zu dünn, zu dick oder zum Kotzen / in Schulen durch“.

Die Anlage 1 macht deutlich, dass die im Bericht angeregten regionalen Netzwerke, die auch so einen dringend geforderten „Behandlungsweg“ erarbeiten können, bisher nur in Kiel und im Kreis Schleswig-Flensburg vorhanden sind sowie sich im Kreis Rendsburg-Eckernförde im Aufbau befinden.

Es ist gut, dass wir durch die Initiative von Bündnis 90/Die Grünen diesen Bericht zu einem gravierenden Problem unserer Gesellschaft erhalten haben.

Es ist gut, dass wahrscheinlich auch durch diese Initiative die Landesregierung wieder in den Dialog mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer, der Psychotherapeutenkammer und den Krankenkassen tritt, um u. a. eine

Überarbeitung der Bedarfsplanung von 1992 unter Berücksichtigung insbesondere auch um einen weiteren Stadt/Land/Gefälle entgegenzuwirken.

Prävention, Beratung und Behandlung müssen fortlaufend an die gesellschaftlich sich verändernden Lebensbedingungen der Menschen angepasst werden. Ein Bündnis gegen Essstörungen mit den geforderten 9 Punkten und der ungeklärten Finanzierung wird meine Fraktion nicht zustimmen.

Wir regen allerdings an, dass die Landesregierung im Dialog mit der KV die Möglichkeit prüft, inwieweit das Thema Essstörung im „Nordlicht“ aufgegriffen werden kann. Bei der Bearbeitung des Themas „Essstörungen“ im Nordlicht wäre die Hinzuziehung der Landesstelle gegen die Suchtgefahren, aus meiner Sicht nötig, nicht nur wünschenswert.

Noch einmal, wir brauchen kein neues Bündnis. Wichtig ist die Neuaufnahme des Dialoges mit den bereits erwähnten Beteiligten, Kommunikation von Information und Erarbeitung eines Behandlungsweges, der die Betroffenen auch erreicht.